

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

17. WP - 30. Sitzung

am Mittwoch, dem 17. August 2011, 10 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Hauke Göttsch (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Lothar Hay (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

i. V. v. Sandra Redmann

Carsten-Peter Brodersen (FDP)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antje Jansen (DIE LINKE)

i. V. v. Ranka Prante

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Hans Hinrich Neve (CDU)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Detlef Buder (SPD)

Günther Hildebrand (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

1. Anhörung

a) Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/1071](#)

b) Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2013: Keine öffentlichen Gelder mehr für die Industrialisierung der Landwirtschaft

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1176](#)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1229](#)

(überwiesen am 28. Januar 2011 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Europaausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/1912](#), [17/1916](#), [17/1920](#), [17/1924](#), [17/1946](#), [17/2046](#),
[17/2129](#), [17/2162](#), [17/2175](#), [17/2176](#), [17/2242](#), [17/2251](#),
[17/2255](#), [17/2325](#), [17/2404](#), [17/2418](#), [17/2528](#), [17/2616](#)

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Anhörung

a) Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/1071](#)

b) Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2013: Keine öffentlichen Gelder mehr für die Industrialisierung der Landwirtschaft

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1176](#)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1229](#)

(überwiesen am 28. Januar 2011 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Europaausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/1912, 17/1916, 17/1920, 17/1924, 17/1946, 17/2046, 17/2129, 17/2162, 17/2175, 17/2176, 17/2242, 17/2251, 17/2255, 17/2325, 17/2404, 17/2418, 17/2528, 17/2616](#)

Frau Ketelhodt trägt anhand eines PowerPoint-Vortrages die Stellungnahme der **Landesvereinigung für Ökolandbau in Schleswig-Holstein und Hamburg** vor ([Umdruck 17/2616](#)).

Danach geben die Vertreter des **Bauernverbandes** eine Stellungnahme ab (siehe auch [Umdruck 17/2325](#)). Herr Lüschor trägt zunächst Grundsätzliches vor, und Herr Müller-Ruchholtz ergänzt diese Ausführungen, indem er auf die der Beratung zugrunde liegenden drei Anträge eingeht. In diesem Zusammenhang fordert er eine Änderung der Kofinanzierungsmöglichkeit im Rahmen der zweiten Säule aus.

Frau Wosnitza gibt die aus [Umdruck 17/2255](#) ersichtliche Stellungnahme des **Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter** ab.

Abg. Hay stellt Fragen zur Ausgestaltung der Kofinanzierung sowie zu vom Umweltbundesamt aufgestellten Forderungen bezüglich einer Kopplung von Förderung und ökologischen Komponenten.

Frau Ketelhodt legt dar, sie unterstütze die Vorstellungen des Umweltbundesamtes voll und ganz. Sie gingen in die richtige Richtung.

Herr Lüschoff legt zunächst dar, dass auch die konventionelle Landwirtschaft sehr viel für den Erhalt der Landschaft und der Naturräume tue. Bei den hier aufgestellten Forderungen gehe es insbesondere um ökologische Vorrangflächen. Den Anteil von 10 % an der Fläche halte er für zu hoch. Er weist auf Knicks hin, die eine Vorrangstellung einnehmen. Auch mit der Forderung hinsichtlich der Fruchtfolgenvielfalt hätten viele Betriebe Schwierigkeiten. Eine derartige Forderung dürfe nicht so ausgestaltet sein, dass sie ineffektiv werde. Im Übrigen habe Schleswig-Holstein eine ziemlich große Fruchtvielfalt. Dies sollte nicht auf Einzelbetriebe heruntergebrochen werden.

Frau Wosnitza meint, dass die Vorschläge in die richtige Richtung gingen. Über eine konkrete Ausgestaltung sei aber noch zu diskutieren. Sie persönlich könne sich zwar nicht vorstellen, dass man sich der Forderung nach einem Fruchtfolgenwechsel verschließe, nehme aber auch in ihrem Verband wahr, dass diese Forderung auf wenig Verständnis stoße. Eine etwaige Umsetzung dieser Vorstellungen müsse in einem Rahmen geschehen, innerhalb dessen ein wirtschaftliches Überleben möglich sei.

Frau Ketelhodt geht auf Fragen des Abg. Göttlich ein und legt zunächst dar, dass der ökologische Landbau in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren stetig gewachsen sei. Im letzten Jahr sei die Beibehaltungsförderung für ökologischen Landbau gestrichen worden. Die Reaktion darauf habe ihren Verband erschreckt. Diejenigen Betriebe, die unter ökologischen Schwierigkeiten gelitten hätten, hätten relativ schnell reagiert. Es habe in der Fläche einen Rückgang von 0,6 % gegeben, und 1,3 % der Betriebe seien aus der ökologischen Landbewirtschaftung ausgestiegen. Hier seien Einkommensalternativen gesucht worden. Bei einem Betrieb sei nach Versterben des Betriebsleiters eine Umstellung auf den konventionellen Anbau erfolgt. Auch in der Vergangenheit - so fährt sie fort - seien Betriebe aus dem ökologischen Landbau ausgeschieden, allerdings seien die Flächen dieser Bewirtschaftungsweise erhalten geblieben. Dass tatsächlich Flächen verloren gegangen seien, sei zum ersten Mal passiert.

Frau Wosnitza machte auf eine Frage des Abg. Götttsch deutlich, dass sie sich dafür ausspreche, die schleswig-holsteinische Produktion im EU-Binnenmarkt zu vermarkten. Es könne nicht sein, dass grundsätzlich Exportdumping betrieben werden müsse.

Eine Orientierung der Fördermittel an den Arbeitskräften garantiere eine sozial gerechtere Verteilung der Fördermittel. Einer technischen Fortentwicklung und dem Einsatz von technischem Gerät stehe diese sicherlich nicht im Wege. Beispielhaft stellt sie dar, dass bei Milchviehbetrieben ein sehr viel intensiverer Personaleinsatz erforderlich sei als bei Ackerbaubetrieben.

Abg. Hay stellt sodann Fragen zu den Themen Kappungsgrenze, Fruchtfolge und Pachtmarkt.

Frau Wosnitza legt dar, zum Thema Kappungsgrenze gebe es unterschiedliche Positionen, und wiederholt ihre Forderung nach Förderung auf der Grundlage von Arbeitskräften. Für Milcherzeuger sei die derzeitige Situation auf dem Pachtmarkt „eine Katastrophe“.

Nach Auffassung von Herrn Lüschoff habe die Forderung nach Fruchtfolgen durchaus Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe. Bei der Produktion von Biogas, der er grundsätzlich positiv gegenüberstehe, sei durch die Gesetzgebung im Energiebereich ein Ungleichgewicht entstanden. Dies dürfe aber nicht zulasten der Landwirtschaft gehen. Herr Müller-Ruchholtz lehnt eine Kappungsgrenze grundsätzlich ab.

Frau Ketelhodt vertritt die Auffassung, dass bei einer intensiven Landwirtschaft eine Förderung bis zum letzten Hektar erforderlich sei. Möglicherweise müssten Kapitalgesellschaften anders betrachtet werden.

Abg. Rickers spricht das Thema Greening an und bittet dazu um Stellungnahme.

Der Vorsitzende wirft die Frage auf, ob angesichts des vermehrten Hungers in der Welt eine geringere Produktion von Lebensmitteln durch zusätzliche Flächenstilllegungen zu rechtfertigen sei.

Herr Müller-Ruchholtz meint, beim Greening stecke - wie in anderen Bereichen auch - „der Teufel im Detail“. Die Bundesrepublik habe in diesem Bereich innerhalb der EU bereits enorme Vorleistungen geleistet. Deshalb stehe er dem Greening skeptisch gegenüber. Derzeit gebe es zwei grundsätzliche Modelle, nämlich auf der einen Seite eine Basisprämie und eine Zusatzprämie und auf der anderen Seite das „Begründungsgreening“. Wie die tatsächliche Ausgestaltung sein solle, sei derzeit noch nicht bekannt.

Abg. Rickers hält es für erforderlich, in diesem Bereich selbst Vorstellungen zu entwickeln. Herr Müller-Ruchholtz meint, die Diskussion sei noch nicht beendet.

Frau Ketelhodt begrüßt grundsätzlich Direktzahlungen für ökologische Maßnahmen und weist auf Forderungen hin, die sie bereits im Rahmen Ihres Vortrages erhoben habe, wie beispielsweise keine Begrenzung von Geldern aus der zweiten Säule, Einhaltung von Mindestfruchtfolgen, Mindestanteil von Leguminosen und kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen.

Frau Wosnitza hält es für wichtig, gemeinsam in den Prozess einzusteigen. Sie unterstützt eine offensive Gestaltungsposition. Außerdem plädiert sie für eine zweigestaffelte erste Säule. Auch das Greening müsse bezahlbar bleiben.

Sie wendet sich sodann den Äußerungen des Vorsitzenden zu und merkt an, mehrfach sei in wissenschaftlichen Studien bestätigt worden, dass die Situation in Hungergebieten nichts mit der Anbausituation in Schleswig-Holstein zu tun habe. Dies werde so lange so bleiben, solange das Modell darauf basiere, Nahrungsmittel möglichst günstig abzugeben, statt Unterstützungshilfe zu leisten, um eine Nahrungsproduktion vor Ort zu betreiben.

Abg. Voß spricht die Bereiche Eiweißimport, Grünlandförderung, Direktzahlungen zur Einkommenssicherung sowie Verwaltung und Kontrolle an.

Herr Müller-Ruchholtz macht deutlich, seine Äußerungen hinsichtlich der Grünlandförderung sei so zu verstehen sei, dass im Gegensatz zu den anderen EU-Staaten in der Bundesrepublik bereits eine Grünlandförderung vorhanden sei.

Zum Thema Import/Export macht er darauf aufmerksam, dass dieses Thema differenziert gesehen werden könne. Man könne sich beispielsweise auch die Gesamtgüterströme ansehen. Danach importiere die Bundesrepublik viermal so viel aus Schwellen- und Entwicklungsländern, als sie exportiere. Daraus könnte man den Schluss ziehen, dass in der Bundesrepublik eigentlich intensiver gewirtschaftet werden müsse, um Flächen in Schwellen- und Entwicklungsländern gewissermaßen freizugeben.

Herr Lüschoff geht auf den Import insbesondere von Eiweiß ein und fordert eine Intensivierung der Forschung und Entwicklung. Er macht aber auch darauf aufmerksam, dass sich der Anbau von eiweißhaltigen Pflanzen in Schleswig-Holstein für den Anbauenden rechnen müsse.

Bürokratieabbau könne sicherlich in Verbindung mit den Förderungen aus der zweiten Säule gesehen werden. Hier müsse an einem Strang gezogen werden, egal, wie die Kofinanzierung sichergestellt werde.

Frau Ketelhodt hält eine verstärkte Forschung insbesondere in den Bereichen Eiweiß und Leguminosen für erforderlich. Diese habe in den letzten Jahrzehnten so gut wie nicht stattgefunden. Damit anheim gehen müsse auch eine verstärkte Nachfrage. Sie fordere sie einen Einbau dieser Pflanzen in die Fruchtfolge, damit hier ein züchterischer Fortschritt erfolge und irgendwann die Subventionen entfallen könnten.

Auch Frau Wosnitza bezieht sich auf die Importe und legt dar, die entsprechenden Pflanzen würden hier nicht angebaut, weil sich das wirtschaftlich nicht rechne.

Auch sie hält eine Forschung in dem Bereichen der Leguminosen, aber auch hinsichtlich des Gründlandes für erforderlich.

Abg. Voß thematisiert die Kofinanzierung von EU-Mitteln in der zweiten Säule. Herr Müller-Ruchholtz legt dar, wichtig sei, einen Weg zu finden, die EU-Förderung zu erhalten. Im Rahmen der zweiten Säule könne für Umweltschutz sicherlich mehr getan werden als in der ersten. Hinsichtlich einer Finanzierung der Kofinanzierungsmittel gebe es verschiedene Überlegungen, gegebenenfalls über einen revolvingen Fonds, die I-Bank oder aus privaten Mitteln.

Abg. Hay legt dar, es gebe Anzeichen dafür, dass man auf europäischer Ebene Überlegungen, Kofinanzierung über einen Fonds über die I-Bank zur Verfügung zu stellen, aufgeschlossen gegenüberstehe. Das Problem der Kofinanzierung von Mitteln aus der zweiten Säule sei ein Problem der Bundesrepublik aufgrund ihrer föderalen Struktur.

Frau Ketelhodt äußert die Befürchtung, dass bei einer Finanzierung über einen Fonds oder über Private möglicherweise keine Planungssicherheit bestehe. Sie halte es für sinnvoller, mit differenzierten Kofinanzierungssätzen zu arbeiten.

Erfolgsorientierte Modelle im Naturschutz könnten sicherlich für die eine oder andere Vertragsnaturschutzmaßnahme sinnvoll sein. Es sei aber schwierig, bei der Erhebung eines bestimmten Zieles auch andere Ziele festzustellen. Vor diesem Hintergrund stehe sie einer Erfolgskontrolle skeptisch gegenüber.

Herr Lüschoff hält es für sinnvoll, bei einer Kofinanzierung auch eine private Finanzierung ins Auge zu fassen.

Er verneint die Frage des Abg. Voß, ob er ein Abgabesystem für durchführbar halte.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin